

Experte: „Weitere Abkommen zur Abrüstung werden nötig“

Die russisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen werden wahrscheinlich zu einem Erfolg führen, erwartet der sicherheitspolitische Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Oliver Thränert. Er ist derzeit Gastforscher der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich.

OZ: Wie groß sind die Chancen, dass die USA und Russland sich auf weitere atomare Abrüstungsschritte einigen?

Thränert: Der Versuch, ein Nachfolgeabkommen für den Start-I-Vertrag zu erreichen, ist zwar politisch riskant, da nur wenig Zeit zur Verfügung steht: Ein Ergebnis müsste bis August/September vorliegen, da Start I ja Anfang Dezember ausläuft und das Nachfolgeabkommen bis dahin noch vom US-Senat und der russischen Duma ratifiziert sein muss. Ich halte aber einen Erfolg für sehr wahrscheinlich, da beide Seiten den Willen bekundet haben, ein neues Abkommen zu schließen und kein Loch im Prozess der kontrollierten Atom-Abrüstung zu riskieren.

OZ: Was könnte trotz dieser beiderseitigen Abrüstungsbereitschaft doch zu einem Scheitern führen?

Thränert: Dass man sich nicht einigen kann, ob die mehreren Tausend eingelagerten Reservesprengköpfe der USA in das Abkommen einbezogen werden. Russland hat keine vergleichbaren Arsenale. Aber auch die Einbeziehung von Trägersystemen der USA, die von atomarer auf konventionelle Bewaffnung umgestellt wurden, birgt Zündstoff.

OZ: Wäre ein Erfolg der Verhandlungen auch schon der entscheidende Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt, von der US-Präsident Barack Obama in Prag gesprochen hat?

Thränert: Das wäre sicherlich ein Schritt in diese Richtung. Aber ein Start-I-Nachfolgeabkommen würde erst mal nur kosmetische Verbesserungen bringen, weil zu wenig Zeit zur Verfügung steht, die vielen Probleme zu behandeln, die für eine vollkommene Abrüstung zu lösen sind. Dafür wären weitere Abkommen notwendig.

OZ: Welche Probleme sind das denn genau?

Thränert: Die Einhaltung der Abrüstungsverpflichtungen müsste sehr weitgehend kontrolliert werden. Auch Nicht-Kernwaffenstaaten müssten überwacht werden, um sicherzustellen, dass sie sich nicht atomar bewaffnen. Und: Wie soll mit Staaten umgegangen werden, die heimlich wieder atomar aufrüsten? Nicht zuletzt müssten Konflikte wie im Nahen Osten geregelt werden, die dazu führen können, dass Konfliktparteien nach Atomwaffen streben.